

## Der Osten braucht hohe Löhne

**Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften werben gemeinsam für Sozialpartnerschaft und Flächentarif - als Reaktion auf Fachkräftemangel.**



Relativ viele Gewerkschaftsmitglieder gibt es im Leipziger BMW-Werk. Doch insgesamt sind die Gewerkschaften im Osten schwach – und die Löhne niedrig. - Foto: picture-alliance/ dpa/dpaweb

Berlin - Es kommt was in Bewegung in Ostdeutschland. Auch im Land der Frühaufsteher, auch bei der CDU. „Wir haben eine andere Wertschätzung für sozialpartnerschaftliche Beziehungen“, erklärt Reiner Haseloff den Wandel. Der sachsen-anhaltinische Minister wünscht sich starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die ordentliche Tarifverträge abschließen. Und diese Tarife wiederum sieht CDU-Mann Haseloff als ein wirksames Mittel, um arbeitsfähige Bürger im Land zu halten.

Oder sogar zurückzuholen. „Bis 2016 verlieren wir altersbedingt 155 000 Erwerbspersonen“, rechnet der Minister vor. Der Nachwuchs gleicht diese Verluste nicht aus: Die Geburtenraten sind nach der Wende so dramatisch gesunken, dass sich inzwischen die Schulabgängerzahlen halbiert haben. Auch deshalb hat der Wirtschaftsminister die weggezogenen Landeskinder im Blick: „Von den Hunderttausenden, die uns verlassen haben, müssen wir viele zurückholen“, sagte Haseloff dem Tagesspiegel. „Und wenn wir das hinkriegen wollen, muss sich auch bei der Lohnhöhe was tun.“ Denn in ein Billiglohnland kommen die „Auswanderer“ nicht zurück.

Haseloff hat deshalb mit den industriellen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften eine „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Tarifpartnerschaft im Land Sachsen-Anhalt“ verfasst. Darin ist von „attraktiven und wettbewerbsfähigen Entgelten als wichtiger Standortfaktor“ die Rede. Der Flächentarif wird als „Gütezeichen für eine zukunftsorientierte Personalpolitik in den Unternehmen“ gepriesen. Hartmut Meine, IG-Metall-Chef von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und einer der Unterzeichner der Erklärung, kann es immer noch nicht so recht fassen. „Vor fünf Jahren wäre so etwas undenkbar gewesen.“ Inzwischen hätten aber auch die konservativen Politiker verstanden, dass „Niedriglöhne und tariflose Zustände alles kaputt hauen“. Mit einer Zahl macht Meine das klar: „82 Prozent aller Absolventen von technischen Hoch- oder Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt gehen in den Westen oder Süden.“ Matthias Menger vom Magdeburger Metallarbeitgeberverband ergänzt: „Wir bilden hier quasi für den Süden Deutschlands aus.“ Um das zu stoppen müssten attraktive Arbeitsplätze her. Ein halbes dutzend Firmen in der Metallbranche sei in den vergangenen Monaten in den Arbeitgeberverband zurückgekehrt und zahle nun wieder nach Tarif. „Billig hat keine Zukunft“, sagt Meine.

Für Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im brandenburgischen Arbeitsministerium, ist das „Billiglohnimage Teil des Problems“. Die neuen Länder respektive die Wirtschaft müssten sich vielmehr über „gute Arbeit, Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit profilieren“. Die Sozialpartner, also Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, hätten „eine schwierige Periode hinter sich, aber jetzt die Chance, Autorität zurückzugewinnen“. Als Vorbild dafür sieht Schroeder, der früher selbst in Diensten der IG Metall stand, die Chemie- und die Metallindustrie in Westdeutschland. Deren Erfolg auf den Weltmärkten verdanke sich nicht

zuletzt den ausgeprägten sozialpartnerschaftlichen Strukturen. „Sozialpartner sind Teil der Zivilgesellschaft“, sagte Schroeder dem Tagesspiegel. „Sie leisten einen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Integration.“

Die Größe dieses Beitrags hängt indes ab von der Zahl der Mitglieder. Und die ist auf beiden Seiten bescheiden. Laut Schroeder sind nur rund zehn Prozent der Arbeitnehmer im Osten Mitglied einer Gewerkschaft. Und der Anteil der Firmen, die einem Tarifverband angehören, ist auch nicht größer. „Wir rufen die Unternehmen auf, den jeweiligen Arbeitgeberverbänden und Tarifgemeinschaften beizutreten“, heißt es in einem gemeinsamen Papier, das der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) gemeinsam mit Verbänden und Gewerkschaften bereits im März verfasste. Tarifverträge hätten „maßgeblich zu Deutschlands Wirtschaftsstärke und sozialer Leistungsfähigkeit beigetragen“.

Der Magdeburger CDU-Wirtschaftsminister Haseloff bittet inzwischen bei Betriebsbesuchen die Geschäftsführungen, wieder in den Tarifverband einzutreten. Das müssten die schon aus Eigeninteresse tun, „denn die, die organisiert sind, saugen den Markt leer“. Gemeint ist der Arbeitsmarkt, auf dem die Arbeitskraft zu einem begehrten Gut wird. In Sachsen-Anhalt, so haben Haseloffs Leute ermittelt, gibt es 21 000 Dauerspender: Der Wohnsitz liegt in Sachsen-Anhalt, gearbeitet wird in einem anderen Bundesland. Alle 21 000 sind angeschrieben und gefragt worden, ob sie nicht lieber im „eigenen“ Bundesland arbeiten wollten. Und von denen, die ihren Wohnsitz im Westen haben, seien immerhin 60 Prozent „grundsätzlich bereit, zurückzukommen“. Das wäre zu schön und ist doch „ein schwieriges Geschäft“, sagt der Wirtschaftsminister. „Auch wegen der Löhne.“